

Fragwürdige Geschäfte mit Guatemala: UBS muss Rechenschaft ablegen

Ende Juli hat die UBS der Regierung Guatemalas durch ein Euro-Bond-Geschäft 300 Millionen US Dollar vermittelt. Zuvor hatte die Regierung von Alfonso Portillo bei verschiedenen Finanzinstitutionen vergeblich versucht, Anleihen aufzunehmen. Bereits die Bekanntgabe dieser Geschäftsabsichten löste in Guatemala eine breite Protestwelle aus. WirtschaftsvertreterInnen, WissenschaftlerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen warnten, dass die korrupte Regierung Portillos die Gelder hauptsächlich in die Wahlkampagne des als Menschenrechtsverbrecher angeklagten Ex-Diktators Ríos Montt fließen lassen und ehemalige Zivilpatrouillen (PAC) für ihre mörderischen Taten während der Militärdiktatur Montt' von 1983/84 entschädigen würde (s. fpi 3/03).

Internationale Grossbanken wie Stanley und Morgan oder die Deutsche Bank lehnten das Geschäft mit der höchst korrupten und fragwürdigen Regierung ab. Nicht so die UBS. Auf ein Protestschreiben der in der Schweiz aktiven Solidaritätsgruppe "Guatemala-Netz" Anfang August antwortete UBS-Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel, die UBS habe sich erst zu diesem Geschäft bereit erklärt, nachdem der IWF sich mit der guatemaltekischen Regierung über klare Regeln zur Verwendung der Gelder geeinigt habe. Dass Gelder aus der Anleihe für Entschädigungen an die PAC verwendet würden, habe die UBS ausdrücklich abgelehnt.

In der aktuellen Debatte um illegitime Schulden (Odious Debts) werden zunehmend Forderungen laut, Kreditvergaben an international geltende Bedingungen zu knüpfen, die Geschäfte öffentlich bekannt zu machen und eine unabhängige Kontrollinstanz einzurichten, die die Verwendung der Gelder kontrolliert. Das Geschäft der UBS mit Guatemala nimmt zwei bedeutende Forderungen auf:

Erstens: Die UBS hat in ihrem Antwortschreiben auf den Protestbrief öffentlich Rechenschaft über ihre Geschäftstätigkeit mit Guatemala abgelegt und die Geschäftsbedingungen bekannt gemacht. Dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das Geschäft trotz heftigen Widerstands seitens der guatemaltekischen Zivilgesellschaft getätigt wurde.

Zweitens: Die Verwendung der Gelder wird vom IWF überprüft. Die Fragen, wie der IWF diese Kontrollfunktion übernehmen wird und ob die Ergebnisse öffentlich zugänglich gemacht werden, ist zur Zeit unklar. Die AFP wird diesen Fall weiter verfolgen. (li)